

Studie

Herrschaft, Vertrauen und Legitimität in der VR China

Gunter Schubert

Abstract

Spätestens seit der Niederschlagung der studentischen Protestbewegung im Juni 1989 gilt das Einparteieregime in der VR China im Westen als politisch delegitimiert. Eine Legitimationskrise wird auch innerchinesisch mit Blick auf die zahlreichen strukturellen Probleme und gesellschaftlichen Konflikte konstatiert, die der Reformprozess in den vergangenen fünfzehn Jahren mit sich gebracht hat. Dennoch stellt das kommunistische Regime eine erhebliche „autoritäre Spannkraft“ unter Beweis, die zunehmend das Interesse der internationalen Chinaforschung findet. In diesem Kontext unternimmt der vorliegende Beitrag den Versuch, auf der Grundlage einer systematischen Erörterung einschlägiger Legitimitätskonzepte und empirischer Erkenntnisse eines Forschungsprojekts über direkte politische Partizipation im *local state* die Möglichkeit der Generierung von neuer Systemlegitimität in der VR China auszuloten. Es zeigt sich, dass Legitimität nur durch eine analytische Disaggregation sinnvoll auf die VR China anzuwenden ist. So bietet vor allem die erfolgreiche Implementierung von *local governance*-Reformen, hier am Beispiel der Einführung direkter Dorfwahlen, Grund zu der Annahme, dass davon positive Effekte für die Stabilisierung und Relegitimierung der kommunistischen Herrschaft ausgehen. (Manuskript eingereicht am 28.07.2005, zur Veröffentlichung angenommen am 10.10.2005.)

Key words: China, Legitimität, Vertrauen, Regimestabilität, local governance

Der Autor

Gunter Schubert ist Professor für Greater China Studies am Seminar für Sinologie und Koreanistik der Universität Tübingen. Derzeitige Interessen- und Forschungsschwerpunkte: Nationalismus und nationale Identität in Greater China; *local governance*-Reformen in der VR China; Taiwanische Innenpolitik und sino-taiwanische Beziehungen; EU-China-Beziehungen (E-Mail: gunter.schubert@uni-tuebingen.de).

Studie

Authority, Trust, and Legitimacy in the PRC

Gunter Schubert

Abstract

China's one-party regime is considered illegitimate in the West since the suppression of the student demonstrations in June 1989. Moreover, a domestic crisis of legitimacy is often identified because of the many structural problems and social conflicts that have been caused by the reform process during the last 15 years. However, the Communist regime has shown a remarkable "authoritarian resilience" which now finds increasing attention by China scholars worldwide. Behind this background, this article hypothesizes on the possibility of new system legitimacy generated in the political system of the PRC. It finds that legitimacy, which is explored by a systematic discussion of prominent theoretical concepts and related to empirical insights of an ongoing research project on local governance reforms, must be analytically disaggregated in order to be applied to the Chinese context in any sensible way. Looking at the introduction of direct village elections and their consequences, the article argues that such reforms generate positive effects for the stabilisation and re-legitimation of Communist one-party rule in the local state that must be properly taken into account by any statement concerning overall regime legitimacy. (Manuscript arrived 28.07.2005, accepted for publication 10.10.2005.)

Key words: China, legitimacy, trust, regime stability, local governance

The Author

Gunter Schubert is Professor of Greater China Studies at the Institute of Chinese and Korean Studies, University of Tuebingen, Germany. Main areas of interest and research: Nationalism and national identity in Greater China; local governance reforms in the PRC; Taiwanese domestic politics and cross-strait relations; EU-China relations (E-Mail: gunter.schubert@uni-tuebingen.de).

If some core of the populace genuinely trusts at least parts of a government and not too much of the rest of the populace actively distrusts it, then it likely has done well by historical standards for large states. (Hardin 1999: 31)

1 Einleitung: Die Konturierung des Legitimitätsproblems im Kontext der zeitgenössischen Chinaforschung

Spätestens seit dem so genannten Tiananmen-Zwischenfall – der Niederschlagung der studentischen Protestbewegung in den Morgenstunden des 4. Juni 1989 – gilt die Herrschaft der Kommunistischen Partei in der VR China im Westen als delegitimiert. Das Ende des real existierenden Sozialismus in Osteuropa und in der früheren Sowjetunion in den Jahren 1989-91 sind weitere Daten, die die Überzeugung von einer anhaltenden, strukturell bedingten Legitimationskrise des KP-Regimes nährt. Sie wird zudem von der journalistischen Berichterstattung, aber auch von der wissenschaftlichen Analyse – zumindest implizit – permanent konstatiert. Referenzpunkte sind dabei

- die zahlreichen, teilweise gewaltsamen Proteste von freigesetzten und nicht entlohnten Arbeitern aus maroden Staatsbetrieben oder von Bauern, die sich gegen skandalöse Abgabenforderungen und illegale Landenteignungen durch lokale Kader zur Wehr setzen;
- Korruptionsskandale auf allen Ebenen der Parteibürokratie, die jedoch mit unterschiedlicher Intensität geahndet werden;
- das rigide Nomenklatursystem, welches das deklarierte Ziel des Aufbaus eines effizienten öffentlichen Dienstes zu konterkarieren scheint;
- zunehmende sozioökonomische Disparitäten zwischen Stadt und Land sowie innerhalb der urbanen Bevölkerung, die auf die dynamische Formierung einer inegalitären Gesellschaft verweisen;
- die krassen regionalen Entwicklungsunterschiede zwischen den prosperierenden Küstenprovinzen und den armen Inlandsprovinzen mit den Folgewirkungen einer anhaltenden Binnenmigration in die großen Städte und dort sich akkumulierenden Problemen einer mangelnden Infrastruktur und einer schwierigen sozialen Integration der Migranten;
- die chronische Unterfinanzierung der ländlichen Regionen;

- ein noch immer viel zu grobmaschig geknüpftes wohlfahrtsstaatliches Sicherungsnetz in Zeiten zunehmender Arbeitslosigkeit und sozialer Marginalisierung;
- die trotz aller Bemühungen um mehr Rechtsstaatlichkeit weiterhin unverkennbare Willkür und drakonische Strafverfolgung durch die Polizei und die Sicherheitsdienste;
- eine von den lokalen Regierungen finanzierte und abhängige Justiz;
- die offizielle Unduldsamkeit gegenüber Regimekritikern und allen liberalen Stimmen, die für die Abschaffung der Einparteiherrschaft eintreten und, damit verbunden,
- die Vorenthaltung echter demokratischer Teilhabe, vor allem auf nationaler Ebene.

Die mit dem Legitimitätsproblem unmittelbar verbundene *state capacity* des derzeitigen Regimes gilt in den Augen der meisten Beobachter schon lange als nicht mehr ausreichend, um die zahlreichen Probleme des Modernisierungsprozesses zu bewältigen. Der Sozialismus chinesischer Prägung, so die allgemeine Einschätzung der internationalen Chinaforschung, ist zu einer hohlen Phrase geworden, die angeblich schon längst keinen Chinesen mehr überzeugt und die lediglich Ausdruck eines parteistaatlichen Opportunismus ist, mit der ein exklusiver Machtanspruch vor den institutionellen und normativen Anpassungserfordernissen an eine Marktgesellschaft gerettet werden soll. Letztlich habe die systemische Korruption den Bürgern den Glauben an die Regenerierung der kommunistischen Herrschaft genommen und unterminiere zunehmend die Legitimität und Stabilität des politischen Systems (zum Korruptionsproblem und seinen politischen Auswirkungen vgl. *China Review* 2004; Wedeman 2005; Lü 2000; Manion 2004).

Ungeachtet dieser mehr als skeptischen Bestandsaufnahme kann die KP China ihre Einparteiherrschaft jedoch weiterhin behaupten und steht dabei zweifellos um einiges besser da als die kommunistischen „Restregime“ in Nordkorea, Indochina oder auf Kuba. Dies liegt nach vorherrschender Auffassung vor allem an den beachtlichen reformpolitischen Erfolgen des KP-Regimes im wirtschaftlichen Teilsystem bzw. an der Tatsache, dass sich die Volksrepublik faktisch schon längst von der kommunistischen Ideologie verabschiedet habe. Die herrschaftslegitimierende Wirkung der chinesischen Markttransformation, so das Argument, kann die Funktionsstörungen und die daraus resultierende Delegitimierung der anderen Teilsysteme sowie des Gesamtsystems einstweilen noch kompensieren, ist also noch nicht bis auf jenen Punkt abgesunken, an dem es zum Systemkollaps kommt.

Andere Beobachter führen die Resistenz der chinesischen Einparteiherrschaft stärker empirisch auf eine Kombination aus ökonomischer Performanz und effizienter politischer Kontrolle zurück, mit der die Formierung einer veritablen Regimeopposition bisher verhindert werden konnte. Zudem habe die chinesische Führung mit der Propagierung eines populistischen Nationalismus (Gries 2004) einerseits und mit ihrem erfolgreichen Streben nach internationaler Anerkennung andererseits die Aushöhlung der maoistischen Ideologie und die Distanz der Bevölkerung zum „abstrakten“ Sozialismus chinesischer Prägung in der post-maoistischen Ära erfolgreich zu kompensieren verstanden: Solange nämlich die politisch relevanten Bevölkerungsgruppen – die neue urbane Mittelklasse, die Intellektuellen und Studenten, nicht zuletzt auch Teile der ländlichen Bevölkerung, von den Wirtschaftsreformen profitieren und „patriotisch“ an die KP China gebunden werden könnten, werde sich diese politisch gegen ihre Gegner und gegen unzufriedene Bevölkerungssegmente durchsetzen und mindestens eine „prekäre Stabilität“ erhalten können. Prekär bleibt damit aus Sicht des Mainstreams der China Watcher jedoch auch die Herrschaftslegitimation des Regimes (vgl. jedoch Vivienne Shue (2004), die ähnlich wie dieser Autor auf das Problem vorschneller Aussagen über die Legitimität des KP-Regime hinweist und die Begriffe *stability* und *legitimation* disaggregiert).

Die offenkundige „Zähigkeit“ des KP-Regimes, seine – in den Worten Andy Nathans (2003) – *authoritarian resilience*, hat in den letzten Jahren zu einer gewissen Neuaufwertung in der Chinaforschung geführt. Anstatt die Schwächen des derzeitigen Systems herauszuarbeiten und, wie mehrfach in den 1990er Jahren, entweder seinen Zusammenbruch oder aber baldigen Übergang zu einem demokratischen System westlichen Typs vorauszusagen (vgl. *Journal of Democracy* 1998), beschäftigen sich einige Chinaforscher nun eingehender mit seinen Stärken bzw. – neutraler gesprochen – mit den spezifischen Erklärungsfaktoren für die *resilience* des „Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten“ (vgl. *Journal of Democracy* 2003). Die hier zusammengetragenen Erkenntnisse sind möglicherweise dazu geeignet, die oben genannte Erklärungstrias Ökonomische Performanz – Nationalismus – Internationale Anerkennung zu erweitern. So spricht z.B. einiges dafür, dass die Rechtsreformen zu einer für die Bevölkerung durchaus spürbaren Steigerung der *accountability* des politischen Systems beigetragen haben;¹ dass die Professionalisierung der Elitenrekrutierung und ihre transparentere Ausrichtung

¹ Dies zeigt sich z.B. an den moderat positiven Einschätzungen der Wirksamkeit des Administrative Litigation Law (ALL); vgl. O'Brien/Li 2004.

auf Bildungs- und Leistungskriterien örtlich durchaus zu einer Verbesserung der Qualität des chinesischen Kadersystems und damit auch zu einer wirksameren Bekämpfung der systemischen Korruption führen;² dass der Rückgang der Bedeutung von Faktionalismus und Ideologie sowie die Teilinstitutionalisierung des Machtwechsels an der Spitze der Kommunistischen Partei mit den damit verbundenen Folgen ausbleibender Diadochenkämpfe bzw. eines tragfähigen politischen Konsenses in der Parteiführung die Leistungsfähigkeit des KP-Regimes positiv beeinflussen (Dittmer 2003a, 2003b; Bo 2004); und dass die neuen Möglichkeiten begrenzter politischer Partizipation und Kontrolle – vor allem in den Dörfern – sich positiv auf die Qualität von *local governance* auswirken.³ Aus dieser Perspektive sind es die spezifischen Legitimitätsgewinne und Stabilisierungserfolge der seit den 1990er Jahren initiierten „politischen Systemreformen“ (*zhengzhi tizhi gaige*) des KP-Regimes, die für die Erklärung seiner *resilience* besonders in den Blick genommen werden müssen. Nicht mehr das „wann“ eines Systemwechsels, sondern das „warum“ seines bisherigen Ausbleibens steht für eine so akzentuierte Chinaforschung im Mittelpunkt ihrer Bemühungen um ein genaues Verständnis der Dynamik des politischen Systems der VR China. Von dort ist der Weg zu einer Reflexion über mögliche Konsolidierungschancen der chinesischen Einparteierrschaft bis hin zu einem Nachdenken über die Entstehung eines legitimen Systems – womöglich mit dem Zusatz *sui generis* – nicht mehr allzu weit.

Obwohl diese Frage bisher (noch) von niemandem ernsthaft gestellt wurde, stößt der gerade dargestellte, sehr viel vorsichtiger „systemsensible“ Ansatz trotzdem auf den Widerstand der meisten Chinaforscher – von der an China interessierten allgemeinen Öffentlichkeit ganz zu schweigen.⁴ Sie widersprechen zwar nicht der Möglichkeit temporärer Stabilisierungserfolge durch politische Reformen *à la* Chinoise. Jedoch stellen sie in Abrede, dass sich dadurch an der grundsätzlichen Stabilitäts- und Legitimitätskrise des KP-Regimes etwas ändern

² Allerdings sind die bisherigen Ergebnisse der Verwaltungsreformen sehr unterschiedlich. Vgl. u.a. Chou 2005, Zhu 2000.

³ Damit sind vor allem die Eindämmung von Kaderkorruption und die wirtschaftliche Entwicklung in den Dörfern gemeint. Vgl. hierzu Liu 2000; Brandt/Turner 2003; Hu 2005.

⁴ Auf einer Chinatagung, die im Februar 2005 an der Evangelischen Akademie Loccum abgehalten wurde, stießen meine tentativen Überlegungen zur Legitimität der chinesischen Einparteierrschaft auf das Unverständnis und die scharfe Kritik vor allem jener Teilnehmer, die als Vertreter von Nichtregierungsorganisationen darin die Legitimierung eines unterdrückerischen Regimes zu erkennen meinten. Ein solcher Schluss ist zwar normativ nachvollziehbar, verfehlt aber die analytische Stoßrichtung der „Legitimitätshypothese“.

könnte. Das nicht behobene Demokratiedefizit im politischen System lasse im Zeichen erwarteter Wirtschafts- und Finanzkrisen, zunehmender Massenproteste, einer grassierenden Korruption, anhaltender Menschenrechtsverletzungen sowie sich verschärfender sozialer Probleme und regionaler Entwicklungsungleichgewichte die Möglichkeit einer Konsolidierung der Einparteierrschaft nicht zu. Die Rechts- und Verwaltungsreformen und die Maßnahmen zur politischen Partizipationserweiterung seien strukturell unzureichend: Weder gebe es unter den Bedingungen einer Einparteierrschaft echte richterliche Unabhängigkeit, die neben einer freien Presse und einer nicht politisch vorkonditionierten Meinungsfreiheit konstitutiv für eine effiziente Korruptionsbekämpfung ist; noch könne es unter diesen Bedingungen zu einem fairen Interessenausgleich zwischen den von den Wirtschaftsreformen und ihren sozialen Konsequenzen sehr unterschiedlich betroffenen Bevölkerungsgruppen kommen, um damit den gegenwärtigen innergesellschaftlichen Polarisierungstendenzen entgegenzuwirken. Unter diesen Voraussetzungen, so die Prognose, werde das KP-Regime zu einer oligarchischen Allianz der Kader und Reformprofiteure degenerieren, die sich schließlich nur durch ihre ökonomische Macht und durch den staatlichen Repressionsapparat behaupten kann. Eine solche Ordnung werde am Ende jede Legitimität verloren haben und – da in diesem Fall der Widerstand gegen sie notwendigerweise wächst – durch eine andere Ordnung ersetzt (vgl. zu dieser „Demokratisierungsteleologie“ jüngst v.a. Gilley 2004). Anders ausgedrückt: Legitime Herrschaft durch die Festschreibung der exklusiven Macht einer Partei unter den Bedingungen einer umfassenden Markttransformation gilt als paradox in funktionaler und normativer Hinsicht. Damit bleibt auch jeder Grad faktisch erreichter Stabilität prekär. Ohne einen echten Systemwechsel mit der Zulassung oppositioneller Parteien bzw. der Einführung eines Mehrparteiensystems ist die VR China – zumindest aus der Sicht westlicher Beobachter – nicht zukunftsfähig. Die kommunistische Einparteierrschaft ist daher anachronistisch und kann nur vom Fukuyamaschen Telos her gedacht und untersucht werden (ich bin bereits vor einiger Zeit etwas eingehender und mit kritischem Unterton auf diesen Punkt eingegangen (vgl. Schubert 1998)).

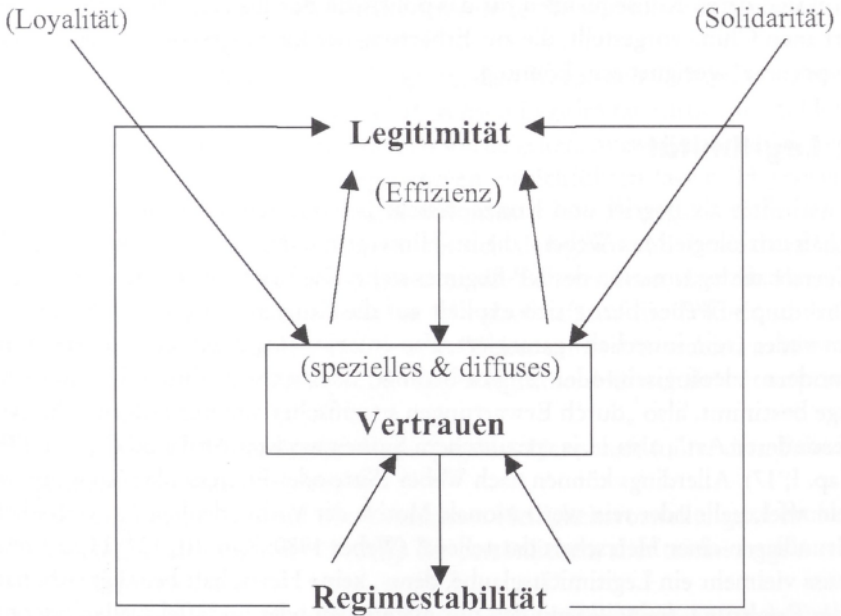
Dieser Sicht, die erhebliche Konsequenzen für die methodologische Ausrichtung der Chinaforschung hat, soll nunmehr die provokante mehrgliedrige Hypothese entgegengesetzt werden, dass die von der KP China ausgeübte Einparteierrschaft durchaus legitim und deshalb auch längerfristig stabil sein könnte; dass diese Legitimität nicht erschöpfend mit der erwähnten Erklärungstrias Ökono-

mische Performanz – Nationalismus – Internationale Reputation erklärt ist; dass wir den makropolitischen Blick auf die VR China um einen mikropolitischen Blick erweitern müssen, um der Legitimität des Gesamtsystems auf die Spur zu kommen; und dass es eines komplexen Verständnisses von Legitimität bedarf, um den Grad legitimer und stabiler Herrschaft in der VR China zu ermitteln. In diesem Kontext spielt das Konzept des Vertrauens eine wichtige Rolle, das eng mit jenem der Legitimität verbunden ist, jedoch analytisch und systemfunktional getrennt davon betrachtet werden muss. Vertrauen in die politische Ordnung, in ihre Institutionen und Akteure, ist eine Grundvoraussetzung für Systemstabilität.⁵ Einerseits wird es durch Legitimität bzw. eine Vielzahl legitimitätsstiftender Faktoren innerhalb eines politischen Systems erzeugt. Umgekehrt werden durch Vertrauen die Voraussetzungen für die Legitimität einer politischen Ordnung geschaffen.

Vor diesem Hintergrund ist die *resilience* der kommunistischen Herrschaft, so die zweite Hypothese, nicht allein dem Umstand geschuldet, dass die mächtigen Nutznießer der Wirtschaftsreformen – also die „Kaderkapitalisten“, Privatunternehmer und Angehörigen der neuen Mittelklasse – zweckrational an der Aufrechterhaltung des derzeitigen Systems interessiert sind und folglich mit einem undemokratischen Regime über die Köpfe der Mehrheit hinweg paktieren; vielmehr beruht die Widerstandskraft des KP-Regimes auf dessen Fähigkeit, genügend Legitimität erhalten und Vertrauen schaffen zu können, um die Stabilität des Gesamtsystems zu garantieren. Dabei schwächt das dem System entgegengebrachte Vertrauen der Bevölkerung die delegitimierenden Auswirkungen konkreten systemischen Versagens ab. Gleichzeitig verstehen es die Institutionen und Akteure des Systems, eine positive Rolle bei der Restituierung bzw. Produktion von kollektiver Identität, Solidarität und Autorität (im Sinne Max Webers zu verstehen als legitim ausgeübte und anerkannte Herrschaft) zu spielen, also Legitimität zu schaffen – und auf diesem Weg wiederum neues Vertrauen in die politische Ordnung zu generieren. Diese Zusammenhänge, die noch genauer zu explizieren sind, können anhand des folgenden Schaubildes dargestellt werden:

⁵ Ich lege hier einen an David Easton orientierten funktionalen Stabilitätsbegriff zugrunde: Die Stabilität eines politischen Systems basiert auf der Legitimität seiner Institutionen und Akteure, auf seiner Effizienz (in bezug auf die Verarbeitung von Anforderungen aus der Systemumwelt), auf individueller *efficacy* (das Gefühl, tatsächlich auf das politische System Einfluss nehmen zu können bzw. der Glaube, das politische System reagiere tatsächlich auf die Anforderungen aus der Systemumwelt) und schließlich auf Vertrauen (*political trust*).

Abb. 1: Interdependenzmodell einer stabilen politischen Ordnung



© Gunter Schubert

Anmerkung: Loyalität und Solidarität als weitere wichtige Parameter von Systemstabilität und Systemvertrauen werden in diesem Kontext nicht gesondert erörtert; vgl. aber Fn. 10.

Quelle: Eigene Darstellung.

Dabei ist zunächst auf die für den Argumentationsgang zentralen Konzepte Legitimität und Vertrauen einzugehen und der konkrete theoretische Rahmen auszuleuchten, innerhalb dessen die interne Dynamik des KP-Regimes analysiert werden könnte bzw. sollte. Dies geschieht anschließend durch eine kritische Bezugnahme auf einschlägige Legitimitätskonzepte. Danach werden Teilergebnisse und Einsichten aus einem laufenden Forschungsprojekt zu politischer Partizipation und deren Konsequenzen für das politische Bewusstsein im ländlichen und urbanen China vorgestellt, die zur Erhärtung der hier angestellten „Legitimitätshypothese“ geeignet sein könnten.

2 Legitimität

Legitimität als Begriff und Konzept steht bekanntlich im Zentrum der Herrschaftssoziologie Max Webers, die im Hintergrund der meisten Bewertungen der Herrschaftslegitimation des KP-Regimes steht. Die Legitimität einer bestimmten Ordnung – Weber bezog sich explizit auf die Konvention und das Recht – ist entweder „rein innerlich“ garantiert, also emotional („affektiv“), wertrational (modern: ideologisch) oder religiös bedingt; oder sie wird durch die Interessenslage bestimmt, also „durch Erwartungen spezifischer äußerer Folgen“, die „von besonderer Art“, also in je spezifischem Sinne zweckrational sind (Weber 1980: Kap. I, 17). Allerdings können nach Weber „Sitte oder Interessenslage so wenig wie rein affektuelle oder rein wertrationale Motive der Verbundenheit (...) verlässliche Grundlagen einer Herrschaft darstellen.“ (Weber 1980: Kap. III, 122) Hinzutreten muss vielmehr ein Legitimitätsglaube, denn „keine Herrschaft begnügt sich, nach aller Erfahrung, freiwillig mit den nur materiellen oder nur affektuellen oder nur wertrationalen Motiven als Chancen ihres Fortbestandes. Jede sucht vielmehr den Glauben an ihre 'Legitimität' zu erwecken und zu pflegen.“⁶ Legitimität gründet sich insofern nicht nur auf die objektive Leistungsbilanz einer Herrschaftsform bzw. auf eine emotionale Bindung oder ideologische Überzeugung der Beherrschten, und auch nicht nur auf Zweckrationalität. Vielmehr ist „der Bestand jeder 'Herrschaft' in unserem technischen Sinn des Wortes selbstverständlich in der denkbar stärksten Art auf die Selbstrechtfertigung durch den Appell an *Prinzipien der Legitimation* (eigene Hervorhg.) hingewiesen“ (Weber 1980: Kap. IX, 549). Diese Prinzipien (oder Geltungsgründe) legitimer Herrschaft sind nach Weber

⁶ Ibid. Gleichzeitig, so Weber, gehört ein „bestimmtes Minimum and Gehorchenwollen, also: Interesse (äußerem oder innerem) am Gehorchen, (...) zu jedem echten Herrschaftsverhältnis“. (Ibid.)

- rationale Regeln als allgemein verbindliche Normen;
- persönliche Autorität des Herrschers durch das Bekenntnis zur „Heiligkeit der Tradition“, also des immer so Gewesenen und auf
- Charisma als Hingabe an eine „aktuelle Offenbarung oder Gnadengabe einer Person, an Heilande, Propheten und Heldentum jeglicher Art.“ (Weber 1980: Kap. IX, 550. Von diesen Prinzipien leitet Weber dann seine „reinen“ Grundtypen der Herrschaftsstruktur ab: Bürokratie, Patriarchalismus und charismatische Herrschaft.)

Interessant ist an diesem Gedankengang, dass Weber den Geltungsanspruch von Herrschaft auf deren eigenes Bedürfnis nach Legitimität zurückführt. Herrschaft will legitime Herrschaft sein bzw. als solche gelten, muss sich aber zu diesem Zweck auf eines der o.g. Geltungsprinzipien zurückführen lassen. Herrschaft strebt somit danach, je nach historischem Kontext rationale (legale), traditionale oder charismatische Herrschaft zu sein, um sich als legitim und damit dauerhaft ausweisen zu können. Gleichzeitig erwarten die Beherrschten, dass die über sie ausgeübte Herrschaft entweder legal ist, sich glaubhaft auf die Tradition beruft oder aber charismatisch untermauert wird. Weber selbst unterschied in diesem Zusammenhang zwischen drei „reinen Typen legitimer Herrschaft“ und sprach von

- der rationalen, d.h. gesetzesmäßigen (legalen) Herrschaft (unter dem Prinzip gesetzter rationaler Regeln);
- der traditionellen, also auf überkommenen Heiligkeitsvorstellungen beruhenden Herrschaft (unter dem Prinzip der persönlichen, aber traditionsgebundenen Autorität); und
- der charismatischen, allein an die Person gebundenen Herrschaft (unter dem Prinzip charismatischer Autorität). (Weber 1980: Kap. IX, 549f., 822)

Heute gilt Herrschaft i.d.R. nur dann als legitim, wenn sie vom Volk ausgeht, also demokratische Herrschaft ist.⁷ Faktisch ist dabei das Weberianische Legitimitätsprinzip mit dem Prinzip der freien Wahl verschmolzen bzw. die rationale Herrschaft in den Kontext eines demokratischen Rechtfertigungsrahmens gestellt worden. Wenn aber die Legitimität einer Herrschaft nicht nur an die objektive Geltung gesetzter Regeln, sondern gleichzeitig an eine durch den Wahlakt ermittelte Zustimmung des Volkes gebunden ist, so wird auch die Legalität der

⁷ Webers Ausführungen zur „Repräsentation“ im Kapitel zu den Typen der Herrschaft stehen nicht im Kontext der Herrschaftslegitimität, sondern beziehen sich lediglich auf die spezifische Organisation eines politischen Verbandes. Siehe Weber 1980: Kap. III, 171ff.

Herrschaft letztlich dem Demos unterworfen. Nur eine demokratische Herrschaft ist legal. Umgekehrt kann nur eine solche Herrschaft legal sein, die gleichzeitig demokratisch zustande kommt, in der der Demos also der Urheber des Rechts ist. Legalität ohne einen demokratischen Rahmen ist nicht legitimierbar.

Bezieht man die ursprüngliche dreigliedrige Typologie Webers auf das China der Gegenwart, so spricht viel dafür, dass dieses sich seit dem Ende der maoistischen Ära auf dem Weg von einer charismatischen zu einer legalen Herrschaft befindet. Genauer gesprochen kam es auf dem Weg von Mao Zedong, Deng Xiaoping und Jiang Zemin hin zu Hu Jintao zu einer allmählichen – in den Worten Webers – „Veralltäglichsung des Charisma“ durch Rationalisierung. Während diese Veralltäglichsung beim Stabswechsel von Deng Xiaoping zu Jiang Zemin noch als „Nachfolgerdesignation seitens des bisherigen Charisma-Trägers und Anerkennung seitens der Gemeinde“ funktionierte, erfolgte sie bei der Inaugurierung von Hu Jintao „seitens des charismatisch qualifizierten Verwaltungstabs und Anerkennung durch die Gemeinde“ (Weber 1980: Kap. III, 143). Legitime Herrschaft in der VR China wird heute somit erworben durch Designation, also nicht mittels freier Wahlen bzw. „Majoritätsabstimmungen“, sondern als „streng pflichtmäßig gebundene Auslese“, durch „richtige Bezeichnung“ bzw. „Auslese des Richtigen, des wirklichen Charisma-Trägers, den auch die Minderheit zutreffend herausgefunden haben kann“ (ibid.). Legitime Herrschaft in der VR China ist deshalb – so zumindest die Perspektive des Regimes – noch immer stark an die Person (des KP-Generalsekretärs) bzw. an Personen (die Mitglieder des Ständigen Ausschusses der ZK-Politbüros) an der Spitze der Kommunistischen Partei gebunden. Jedoch wird deren Auswahl inzwischen bestimmten informellen Leistungskriterien und prozeduralen Regeln unterworfen, um der – wiederum in den Worten Webers – „objektiven Notwendigkeit der Anpassung der Ordnungen und des Verwaltungstabs an die normalen Alltagserfordernisse und -bedingungen einer Verwaltung“ Rechnung zu tragen (Weber 1980: Kap. III, 147). Anders ausgedrückt: Der Reform- und Modernisierungsprozess hat es erforderlich gemacht, das zur Herrschaft berechtigende und erforderliche Charisma an die Effizienz und Expertise des Herrschers zu binden und diesen einer teilinstitutionalisierten Selektionspraxis durch die charismatisch Befugten zu unterwerfen. In der internationalen Chinaforschung, aber auch im politischen Jargon in der VR China, spricht man deshalb im Gegensatz zur maoistischen und Dengschen Ära heute von kollektiver Führung (*jiti lingdao*) und drückt dabei kollektiv-charismatische Herrschaft (durch Designation) im Sinne Webers aus.

Diese Herrschaftslegitimation des KP-Regimes gilt im Westen jedoch als prekär, weil sie von den meisten Chinesen nicht akzeptiert werde. Der Weg in die legale Herrschaft (*fazhi*), das ausgerufenen Ziel der parteistaatlichen Führung, sei dieser strukturell versperrt: Im Rahmen des gegenwärtigen Einparteiensystems könne es nicht gelingen, die Beherrschten von der Verbindlichkeit allgemeiner gesetzter Regeln und Normen und deren Implementierung durch eine „uninteressierte“ Kaderbürokratie zu überzeugen.⁸ Denn bei diesem Unterfangen stoße die Partei auf eine vom Demokratieprinzip gezogene, für sie nicht überschreitbare Grenze zur legalen Herrschaft: Richterliche Unabhängigkeit und eine professionelle Verwaltung, so die etablierte Logik, verlangen nach öffentlicher Kontrolle und damit in letzter Konsequenz nach demokratischer Partizipation als wichtigstem Sanktionsinstrument gegenüber illegal operierenden Akteuren. So bedürfe das KP-Regime ständig der „charismatischen Flankierung“ seiner nicht demokratischen Herrschaftslegitimation, doch sei die charismatische Herrschaft auch in ihrer „veralltäglichten“ Form diskreditiert. Nicht die schlimmen Erfahrungen mit dem Mao-Kult gelten dafür als ausschlaggebend, sondern die von Korruption und Machtmissbrauch geprägte aktuelle Lebenswirklichkeit vieler Chinesen. Ohne ein „demokratisches Verbindungsstück“ zwischen charismatischer und rationaler Herrschaft, so die Mainstream-Analyse aus weberianischer Perspektive, müssen die Legitimationsbemühungen des KP-Regimes in der postmaoistischen Ära scheitern. Dies aber bedeutet, dass legitime Herrschaft in der VR China unter den gegenwärtigen politischen Rahmenbedingungen nicht möglich ist.

Einen anderen legitimationstheoretischen Zugriff bietet Seymour M. Lipset, der maßgeblich zur Theorie- und Begriffsbildung in der modernen Politikwissenschaft beigetragen hat. Er führt Legitimität unmittelbar auf das Wirken von politischen Institutionen zurück. Legitimität impliziert für ihn „die Fähigkeit des Systems, die Überzeugung herzustellen und aufrechtzuerhalten, daß die existierenden politischen Institutionen die für die Gesellschaft angemessensten sind“ (Lipset 1964: 64). Damit kann ein politisches System – bzw. die von ihm geschaffenen Institutionen – aktiv Einfluss auf seine eigene Legitimität nehmen, wobei dieser

⁸ Der chinesische Politikwissenschaftler Pan Wei hat, auf dem Boden einer Polemik gegen die liberale Demokratie des Westens, diesbezüglich einen provokativen Vorschlag gemacht und ein System konsultativer Rechtsherrschaft konturiert (Pan 2003). Die umstrittenen Thesen des Autors sind Gegenstand eines von Zhao Suisheng herausgegebenen Bandes, der zahlreiche Repliken von westlichen und chinesischen Wissenschaftlern auf diesen umstrittenen Beitrag enthält und unter dem Titel *Political Reform in China: The Rule of Law versus Democratization* demnächst erscheinen wird.

Einfluss an sehr unterschiedlichen Stellen innerhalb des Systems entfaltet wird. Im Gegensatz zum kategorial auf den Begriff der Herrschaft bezogenen Konzept Webers gewinnt Legitimität aus dieser Perspektive einen dezidiert empirischen Charakter; sie kann und muss im Untersuchungsprozess identifiziert und disaggregiert werden, denn ein System generiert verschiedene Mengen von Legitimität, die sich zu einer Gesamtlegitimität verdichten. Fehlende Legitimität an einer Position kann somit möglicherweise durch Legitimität an einer anderen ausgeglichen bzw. sogar überkompensiert werden. Dieser Punkt spielt im politischen System der VR China vor allem in vertikaler Hinsicht eine Rolle, also mit Blick auf die Unterscheidung zwischen nationaler und lokaler Ebene.

Für den Systemtheoretiker David Easton (1965) ist Legitimität bzw. der Legitimitätsglaube eine Grundbedingung für politische Unterstützung (*support*), die jedes System benötigt – neben Solidarität, Loyalität und gemeinsamen Interessen, also der reinen Zweckrationalität.⁹ Während der persönliche Legitimitätsglaube dem Herrscher (bzw. den *authorities*, den konkret Herrschaft ausübenden Personen) eine persönliche Eignung attestiert und sich der strukturelle Legitimitätsglaube auf eine als richtig erkannte Herrschaftsstruktur (also die *institutions*) bezieht, geht der ideologische Legitimitätsglaube auf individuelle Überzeugungen von der moralischen Richtigkeit einer politischen Ordnung zurück. Im Wesentlichen meint Legitimität bei Easton somit die Übereinstimmung der von einem System postulierten sowie institutionell manifestierten Normen und Werte mit den Normen und Werten der Beherrschten.¹⁰ Legitimität generiert Unterstützung (*support*) und trägt von der Inputseite her zur Erhöhung der Problemlösungskapazität eines politischen Systems bei. Dabei unterscheidet Easton zwischen

⁹ Systemlegitimität und Systemloyalität, die beide Systemvertrauen generieren, lassen sich am besten durch eine Unterscheidung zwischen Norm und Interesse verstehen: Während Legitimität das Ergebnis einer (weitgehenden) Deckungsgleichheit von gesellschaftlichen und systemischen Normen ist, basiert Loyalität eher auf einer rationalen Abwägung zwischen eigenen bzw. gruppenspezifischen strategischen Interessen einerseits und dem „Leistungsangebot“ des Systems zu deren Realisierung andererseits. Allerdings ist Loyalität, ähnlich wie Legitimität, auch affektiv konnotiert („die Treue halten“) und gründet sich – wie Vertrauen – auf Erfahrungen und systemische Vorleistungen. Das „klassische“ Loyalitätskonzept in den Sozialwissenschaften findet sich bei Hirschman 1974.

¹⁰ Eine nützliche Verbindung der Legitimitätsbegriffe von Lipset und Easton findet sich bei Muller und Jukam. Für sie zeichnet sich Legitimität durch die folgenden drei Komponenten aus: „1. affect tied to evaluation of how well political institutions conform to a person's sense of what is right; 2. affect tied to evaluation of how well the system of government upholds basic political values in which a person believes; and 3. affect tied to evaluation of how well the authorities conform to a person's sense of what is right and proper behavior (or conduct)“ (1977: 1566).

specific support, also die Unterstützung, die aus der Zufriedenheit mit konkreten Leistungen, d.h. mit der *output performance* des Systems resultiert; und *diffuse support*, also die Unterstützung, die als eine Art „systemischer Vertrauensvorschuss“ zunächst Output-unabhängig ist und vor allem aus der Überzeugung von der moralisch-ethischen Richtigkeit der politischen Ordnung erwächst (Easton 1965: 267ff.).¹¹ Die Unterscheidung zwischen spezifischer und diffuser Unterstützung für ein politisches System ist zentral. Dieses vermag vielleicht nur begrenzt relevanten Output zu produzieren, also nur bedingt effizient sein; doch kann ihm durch eine hinreichende Menge von diffuser Unterstützung dennoch genügend Input zugeführt werden, sodass es seine grundlegenden Funktionsbedingungen aufrechterhält und stabil bleibt. Umgekehrt kann eine hohe Output-Effizienz die diffuse Unterstützung steigern, gerade so wie dies im chinesischen Fall mit Blick auf die makroökonomische Performanz des KP-Regimes immer wieder behauptet wird. Möglicherweise liegt darin ein wichtiges Erklärungsmoment für die *resilience* des Sozialismus chinesischer Prägung, wobei zu klären bliebe, auf welchen konkreten Sachverhalten die diffuse Unterstützung für dieses System beruht.

3 Vertrauen

Eastons Konzept der Unterstützung kann als systemtheoretisches Pendant dessen bezeichnet werden, was man in der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung seit langem Vertrauen nennt und was speziell in der anglo-amerikanischen Politikwissenschaft als *political trust* firmiert. Allgemein definiert, so Francis Fukuyama, bezeichnet Vertrauen „die innerhalb einer Gesellschaft entstehende Erwartung eines ehrlichen und den Regeln entsprechenden Verhaltens, basierend auf gemeinsamen Normen, die von allen Mitgliedern der Gemeinschaft respektiert werden.“ (1995: 43) Vertrauen ist insofern grundlegend für Systemlegitimität und Systemstabilität. Es ist Ausdruck einer grundsätzlichen Bereitschaft zur Kooperation und wird einzelnen Personen, Personengruppen (Kollektiven) oder aber

¹¹ *Diffuse support* ist somit der Glaube in die Legitimität des politischen Systems bzw. Regimes.

Institutionen entgegengebracht.¹² Allgemein gesprochen, sind im Systemvertrauen aufgehoben

- persönliche Erfahrungen mit Kooperation sowie darauf gründende Erwartungen an das System;
- individuelle Überzeugungen von der Legitimität und Responsivität des Systems bzw. seiner Repräsentanten (*efficacy*), aber auch
- kontinuierliche Vertrauensbeweise des Systems und seiner Akteure i.S. von Verlässlichkeit und positiver Performanz (Effizienz).

Auf China bezogen ist spezifisches Systemvertrauen interpersonales Vertrauen, das durch konkrete Erfahrungen mit der Kooperation, Responsivität und Effizienz lokaler Kader entsteht. Diffuses Systemvertrauen ist generalisiertes Vertrauen, das durch eine Übertragung bzw. Abstraktion – *bridging* in der Terminologie der *social capital*-Literatur – der im lokalen Umfeld gesammelten konkreten Erfahrungen auf die Ebene des Gesamtsystems zustande kommt. Diesem Gedanken entspricht die analoge Überlegung, dass die Legitimität des KP-Regimes in besonderer Weise sowohl makropolitisch als auch mikropolitisch bestimmt bzw. zusammengesetzt ist. Makropolitische Legitimität ist dabei für den Einzelnen eher abstrakt; sie ist an die Institutionen und (unbekannten) Akteure des zentralen politischen Systems gebunden und erzeugt vor allem diffuses Systemvertrauen. Mikropolitische Legitimität, die an konkrete Erfahrungen der Menschen mit den Institutionen und Akteuren in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld gebunden ist, schafft wiederum spezifisches Vertrauen und steht dabei womöglich in einer engen Beziehung zur (traditionalen) *moral economy* lokaler Gemeinschaften (siehe unten). Beide Arten der Systemlegitimität sind insofern aufeinander bezogen, als sich ein spezifisches Vertrauen auf der mikropolitischen Ebene in ein diffuses Vertrauen auf der makropolitischen Ebene übersetzen kann.¹³ Gleichzeitig trägt

¹² Stolle 2002 unterscheidet heuristisch zwischen vier Typen des Vertrauens: Strategisches oder rationales Vertrauen ist das Ergebnis einer rationalen Abwägung der Möglichkeit zukünftiger Kooperation; Identitäts- oder Gruppenvertrauen basiert auf einer bestimmten Gruppen- oder Gemeinschaftszugehörigkeit; moralisches Vertrauen geht wiederum auf wechselseitige moralisch-ethische Werte zurück. Diese drei Typen beschreiben gleichzeitig interpersonelles Vertrauen, weil sie sich im wesentlichen auf konkrete Personen bzw. Personengruppen beziehen. Dahingegen ist generalisiertes Vertrauen, das also nicht bekannten Personen, sondern vor allem politischen Institutionen entgegengebracht wird, depersonalisiertes Vertrauen.

¹³ Dies ist allerdings eine empirisch nur schwer nachweisbare Annahme. Die Wechselbeziehung zwischen speziellem und diffusem Vertrauen ist empirisch noch nicht genügend erforscht. Immerhin besteht in der an die Systemtheorie David Eastons angelehnte sozialwissenschaftliche Forschung Konsens, „that political support, with its one or both dimensions mentioned above, influences

diffuses bzw. generalisiertes Vertrauen in die Institutionen und Akteure des Zentralstaates dazu bei, ein mangelndes oder gar zerstörtes spezifisches Vertrauen im lokalen Bereich nicht sofort auf die Stabilität und Legitimität des Gesamtsystems durchschlagen zu lassen.¹⁴

Beide Aspekte sind für das KP-Regime unmittelbar relevant, wobei dem zweiten Aspekt – die Generierung spezifischen Vertrauens auf der lokalen Ebene mit der Konsequenz einer Anreicherung von diffusem Vertrauen in das Gesamtsystem – im hier diskutierten Kontext eine besondere Bedeutung zukommt. So könnte gerade das Wechselverhältnis zwischen spezifischem und diffusem Vertrauen die chinesische Einparteiherrschaft relativ stabil halten und dafür sorgen, dass dieser Zustand noch länger konservierbar ist. Dabei spielt die besondere (geographische, sozioökonomische, institutionelle) Komplexität des chinesischen politischen Systems eine wichtige Rolle, denn sie ermöglicht einen hohen Wirkungsgrad bei der Verarbeitung großer systeminterner Differenzen hinsichtlich der in diesem System vorfindbaren, sehr unterschiedlichen Teil-Legitimitäten. Diese Komplexität ist wesentlich bestimmt durch die Trennung von Stadt und Land sowie durch die starke interne Heterogenität des urbanen und des ländlichen Raums. Es lassen sich deshalb aus der Beobachtung einzelner empirischer Phänomene – vor allem lokale Massenproteste und soziale Unruhen, örtliche Kaderkorruption oder (gewaltsame) Polizei- und Justizwillkür – im chinesischen Fall vielleicht weniger als in anderen Systemen belastbare Schlüsse für die Legitimität und Stabilität des Gesamtsystems ziehen. Das in der sozialwissenschaftlichen Forschung bekannte Aggregierungsproblem könnte in der VR China also größer sein als anderenorts.¹⁵

Somit scheint es problematisch zu sein, die Frage der Herrschaftslegitimation in der VR China allein mit einer makropolitischen Betrachtung der zentralen politischen Institutionen und Akteure zu untersuchen wie in der internationalen Chinaforschung üblich. Die mikropolitische Dimension von Legitimation und Stabilität des Gesamtsystems gerät dabei sträflich aus dem Blick. Wird die Legitimitätsfrage jedoch explizit in einem mikropolitischen Kontext gestellt und untersucht, ergibt sich – so die Hypothese – ein sehr viel differenzierteres Bild. Ein

individuals' behaviors, which may in turn affect the operation, stability and even survival of the incumbent government or/and the political system as a whole.“ (Chen 2004: 4).

¹⁴ Dies wird u.a. durch die empirischen Grundlagen des von Kevin O'Brien und Li Lianjiang eingeführten Konzepts der *rightful resistance* belegt (O'Brien 1996; O'Brien/Li 1999).

¹⁵ Ähnliches ließe sich womöglich auch für Indien sagen, wo die Frage nach den Gründen für den Erfolg der demokratischen Ordnung vielleicht sehr viel stärker auf der lokalen Ebene gesucht werden muss als dies von der Indienforschung gemeinhin getan wird.

solcher Zugang, in dem es vor allem um die systemlegitimatorische Relevanz der erzielten Reformfolge des KP-Regimes auf dem Feld der *local governance* geht, wird allerdings gerade von westlichen Chinaforschern kaum gewählt. Der Grund dafür liegt zunächst generell darin, dass sich noch zu wenig sozialwissenschaftlich orientierte Chinaforscher für den Zusammenhang von (mikro- und makropolitische) Systemlegitimität bzw. -stabilität einerseits und Vertrauen andererseits interessieren. Dies wiederum hängt neben grundsätzlichen, auch normativ-ideologisch bedingten, Vorbehalten gegen die Bedeutung dieses Zusammenhanges für die Zukunft des chinesischen politischen Systems nicht zuletzt mit methodischen Problemen bei der Ermittlung von Vertrauen sowie rein praktisch mit der Schwierigkeit zusammen, intensive, vor allem qualitativ angelegte Feldforschung auf den unteren Verwaltungsebenen in der VR China zu betreiben.

4 Das Erhebungsproblem

Wie können diffuses und spezifisches Vertrauen bzw. *political trust* in einer Herrschaftsordnung, z.B. jener der VR China, methodisch erfasst und gemessen werden? Der empirische Nachweis von *political trust* ist ein in den Sozialwissenschaften schwieriges Problem, doch hat die neuere *civic culture*-Forschung – vor allem basierend auf ihren aus den World Values Surveys gewonnenen Daten – immerhin einen gut geübten und häufig zitierten Zugriff entwickelt. Diesen Studien geht es um die makrogesellschaftliche Ermittlung des interpersonalen und generalisierten Vertrauens in einer Gesellschaft und um die Klärung des Zusammenhangs zwischen Vertrauen und Demokratie.¹⁶ Interessanterweise rangiert die VR China mit Blick auf die Existenz von Vertrauen stets weit vorn. Auch die Ergebnisse des letzten World Value Survey aus dem Jahr 2001 weisen für sie – übrigens ähnlich wie für Vietnam – ein hohes Maß an *political trust* aus.¹⁷ Dieses Ergebnis ist deshalb bemerkenswert, weil Vertrauen in der *civic culture*-Forschung vor allem mit demokratischen Systemen in Verbindung gebracht bzw. auf diese

¹⁶ Die *civic culture*-Forschung geht vor allem auf die Pionierstudie von Almond/Verba 1963 zurück. Heute wird sie prominent von der Forschergruppe um Ronald Inglehart vertreten. Vgl. Inglehart 1997, 1999.

¹⁷ Die auf Almond und Verba zurückgehende, standardmäßig gestellte Frage des World Value Survey zu *interpersonal trust* lautet: „Generally speaking, would you say that most people can be trusted or that you need to be very careful in dealing with people?“. Institutionelles Vertrauen wird mit der Frage „How much confidence do you have in the national government?“ gemessen. Eine Beschreibung des World Values Survey-Projekts findet sich unter <http://www.worldvaluessurvey.org/>.

zurückgeführt wird, auch wenn eine Kausalität nicht eindeutig nachzuweisen ist.¹⁸ Gleichzeitig gilt die VR China allerdings – nach Maßgabe des jährlich erstellten Freedom-House-Indizes – regelmäßig als Land mit einem extrem niedrigen Freiheitsgrad (siehe Freedom House 2005). Es drängt sich somit die Frage auf, warum es in China anscheinend so viel Vertrauen, aber so wenig Demokratie gibt.¹⁹ Generell lässt sich auf Grundlage der bisher erhobenen Daten hypothetisch formulieren, dass Vertrauen offensichtlich unabhängig vom Regimtyp erzeugt wird. Es wirkt sowohl in demokratischen als auch in autoritären Systemen und stärkt daher nicht nur demokratische Regime, sondern begünstigt unter bestimmten Voraussetzungen auch die Legitimität und Stabilität autoritärer Regime.

Woher kommt aber das Vertrauen in der chinesischen Gesellschaft? Bei der quantitativ-empirischen Untersuchung dieser Fragen hat der in den USA lehrende chinesische Politikwissenschaftler Tang Wenfang das für den lokalen Kontext besonders wichtige interpersonale Vertrauen in der VR China jüngst nach drei Typen unterschieden, die sich durch eine statistische Faktoranalyse nachweisen ließen und gewissermaßen drei konzentrische Kreise beschreiben.²⁰ Dabei bezeichnet *parochial trust* das Vertrauen in die engeren und entfernteren Familienangehörigen und verweist somit auf die traditionell bedeutsamen Verwandtschaftsbeziehungen in der chinesischen Gesellschaft, vor allem im direkten lokalen Umfeld. *Corporate trust* wird in die unmittelbare soziale (aber nicht familiäre) Umwelt investiert, also z.B. in Freunde, Nachbarn, Schulkameraden, andere Dorfbewohner (*rural residents*),²¹ Menschen mit gleicher geographischer Herkunft oder Arbeitskollegen.

¹⁸ Allerdings hat sich auch gezeigt, dass es in vielen Demokratien offensichtlich nur wenig Vertrauen gibt. Diese Beobachtung kann u.a. damit erklärt werden, dass die Menschen in demokratischen Staaten zwischen ihrer (diffusen) Unterstützung für das Konzept der Demokratie einerseits und ihrem Zutrauen in die Regierungsinstitutionen andererseits unterscheiden. Vertrauen muss daher mindestens in diese beiden Bedeutungsdimensionen aufgespalten werden.

¹⁹ Ronald Inglehart hat dies mit der Tradition des Konfuzianismus zu erklären versucht. Abgesehen von dem Problem, dass diese These nicht empirisch abgestützt wird, stellt sich die Frage, warum es in anderen konfuzianischen Gesellschaften – Japan, Taiwan, Südkorea – weniger Vertrauen gibt als in der VR China (1999: 93).

²⁰ Ausgewertet wurden in dieser Studie Daten aus dem *Chinese Values and Ethics Survey (Zhongguo gongmin sixiang daode guannian zhuangkuang diaocha)* des Jahres 2004, ermittelt vom Research Center for Contemporary China der Beijing-Universität. Dabei wurden 7.714 Personen aus 200 Gemeinden und Stadtbezirken in 100 Kreisen und Kreisstädten befragt. 49 Prozent bejahten die Frage „Can most people be trusted?“ Für Einzelheiten vgl. Tang 2004.

²¹ Interessant ist bei Tang das Fehlen von *urban residents* in den städtischen Wohnquartieren als eigener Kategorie des *corporate trust*. Dies verweist auf die im Vergleich zur ländlichen Gesellschaft anonymere Sphäre der urbanen Wohnquartiere, obwohl es dort seit einiger Zeit Anstrengungen

Dieser Typus wird von Tang in einen direkten Zusammenhang mit dem kollektivistischen Erbe des Maoismus – hier ist vor allem an die Institutionalisierung der städtischen *danwei* und der ländlichen Volkskommunen (*gongshe*) zu denken – gestellt. Angeführt werden könnten an diesem Punkt aber auch die traditionellen Dorfstrukturen der vormaoistischen Zeit, die der Maoismus einerseits bekämpfte, an die er andererseits aber auch anknüpfte. So spielte *corporate trust*, also ein über die direkte Sippenzugehörigkeit hinausgehendes Vertrauen, bei der Organisation des dörflichen Lebens in einer Produktionsbrigade und bei der Abgrenzung der Dorfgemeinschaft von seiner Umwelt eine wichtige Rolle.²² Heute werden die in der maoistischen Ära unterdrückten dörflichen Tempelgemeinschaften und Ahnenhallenvereinigungen erneut zu Zentren sozialer Kommunikation und politischer Entscheidungsfindung im so genannten *local state*; sie avancieren insofern zu typischen Institutionen oder Referenzsystemen von *corporate trust*.²³ *Civic trust* schließlich meint Vertrauen in Stadtbewohner, Geschäftsleute, *out of towners*, Ausländer und Fremde. Dieser Typ ist insofern die abstrakteste Form des interpersonalen Vertrauens und gilt in westlichen Gesellschaften als ein wesentlicher Ausdruck verinnerlichter Demokratie und „ziviler Kultur“.²⁴

gibt, durch administrative Reformen und mehr direkte politische Partizipation neue soziale Beziehungsgeflechte zwischen den Bewohnern der Stadtviertel zu knüpfen (Heberer 2003). Die *urbanites* tauchen deshalb erst in dem von Tang so bezeichneten abstrakten Typus des *civic trust* auf.

²² Zwar waren die internen Strukturen der Volkskommunen und Produktionsbrigaden häufig repressiv. Allerdings scheint die maoistische Ära das Ur-Vertrauen in die dörfliche Organisation und Ordnung nicht grundlegend zerstört zu haben. Dies mag zu einem großen Teil daran liegen, dass das Dorf eine besonders stabile Subsistenz- und Identitätseinheit innerhalb der chinesischen Gesellschaft bildet und sich erst dort allmählich aufzulösen beginnt, wo die Urbanisierung die Dörfer seit längerem erfasst hat und aufsaugt.

²³ Die Revitalisierung traditionaler Institutionen des *corporate trust* (in der Terminologie Tang Wenfangs) als endogene bzw. dezentrale Identitäts- und Demokratisierungsressourcen ist seit einiger Zeit im Fokus der soziologischen und sozialanthropologischen Chinaforschung. Vgl. hierzu Jun 1996; Flower/Leonhard 1997; Tsai 2002; Feuchtwang/Wang 2001; Feuchtwang 2003.

²⁴ Im weiteren Verlauf seiner Untersuchung identifizierte Tang eine Reihe von interessanten Korrelationen. So scheinen sich z.B. ein steigender privater Konsum und die Verbesserung der Lebensumstände positiv auf die Entstehung von *corporate trust* auszuwirken, aber negativ auf *parochial* und *civic trust*. Tang erklärt dies damit, dass die wirtschaftlichen Aktivitäten des Einzelnen nicht mehr länger auf seinen unmittelbaren Klanverband beschränkt, aber auch noch nicht in die nationalen oder internationalen Märkte integriert sind. Sie befinden sich somit auf einer intermediären Ebene und konzentrieren sich z.B. auf eine Gemeinde oder einen Landkreis bzw. eine Kreisstadt. Eine Parteimitgliedschaft erhöht demgegenüber sowohl *corporate trust* als auch *civic trust*, also sowohl das Vertrauen in die direkte soziale Umwelt als auch in die weitere gesellschaftliche Sphäre.

Tangs Analyse ergab zunächst, dass *corporate trust* deutlich signifikanter zur Unterstützung des KP-Regimes beiträgt als die anderen beiden Typen von interpersonalem Vertrauen.²⁵ Gleichzeitig dominierte *corporate trust* jedoch auch bei der statistischen Korrelierung solcher Faktoren, die das *civic culture*-Paradigma eindeutig einer demokratischen Werthaltung zuordnet wie z.B. soziale Toleranz, *political efficacy*²⁶ und eine Präferenz für zivile Formen der Konfliktbeilegung. Der für die Lebenswirklichkeit des größten Teils der chinesischen Gesellschaft derzeit wahrscheinlich relevanteste Vertrauentypus hätte insofern ein Janusgesicht: Einerseits sichert *corporate trust* ganz offensichtlich das autoritäre KP-Regime ab, andererseits drückt er gegebene Präferenzen der breiten Bevölkerung für eine demokratische politische Ordnung aus. Tang leitete von dieser Beobachtung die Schlussfolgerung ab, dass interpersonales Vertrauen, ein Kernbestandteil der demokratischen *civic culture*, nicht nur in einer Demokratie gewonnen wird. Demokratie ist somit weder eine notwendige noch eine hinreichende Bedingung für Vertrauen. Vielmehr kann es auch in einem autoritären System zur Bildung von Vertrauen kommen, durch das dieses System in ähnlicher Weise wie eine demokratische Herrschaftsordnung stabilisiert wird.

Wie aber ist dieser aus Sicht der konventionellen Demokratisierungsforschung kontraintuitive Zusammenhang zu erklären? Dazu sagt Tang Wenfang nichts, genauso wenig wie zu den Quellen des interpersonalen Vertrauens. Die Herstellung von statistischen Korrelationen zwischen Vertrauen und Regimetypp auf der Grundlage eines bestimmten Fragenkanons vermag auch kaum zu zeigen, welche konkreten Erfahrungen, Erwartungen und Einstellungen der Menschen sich in ihrem Vertrauen widerspiegeln. Die quantitativ-empirische Analyse kann deshalb auch nicht beantworten, wie belastbar dieses Vertrauen in das autoritäre System der VR China ist. Diese Problematik kann letztlich nur mittels qualitativer Feldforschung und offen gehaltenen Befragungen der Bevölkerung im lokalen Kontext untersucht werden.²⁷ Eine weitere Frage drängt sich auf: Wie lässt sich die Übertra-

²⁵ *Regime support* wurde von Tang als Index des Vertrauens der Befragten in eine Reihe von Institutionen des chinesischen politischen Systems gemessen, darunter die Gerichte, die Staatsanwaltschaft, der Nationale Volkskongress, die Regierung, das Büro für Öffentliche Sicherheit, die Gewerkschaften, die Arbeitseinheit (*danwei*) und nicht zuletzt die Kommunistische Partei.

²⁶ *Political efficacy* bezieht sich auf die individuelle Überzeugung von der Wirksamkeit eigener politischer Partizipation bzw. von der Responsivität des politischen Systems auf solche Partizipation.

²⁷ Einen anderen Zugang zum *trust*-Phänomen in der VR China wählt Wang Zhengxu, der nicht interpersonales Vertrauen untersucht, sondern den Blick auf das Vertrauen der Chinesen in die politischen Institutionen richtet. Dabei unterscheidet er zwischen Vertrauen in einen „realen“ und

gung von konkretem interpersonalem Vertrauen im lokalen Bereich auf die Ebene eines abstrakten institutionalisierten Vertrauens in das Gesamtsystem begreifen und erklären? Hier hält die *civic culture*-Forschung zwei Erklärungsparadigmen bereit, die beide sehr eng mit dem Konzept des Sozialkapitals verbunden sind. Das erste Paradigma führt die Transformation auf bestimmte soziale Mechanismen zurück. Demnach produziert eine Gesellschaft generalisiertes Vertrauen in Abhängigkeit von den Erfahrungen ihrer Mitglieder mit bestimmten sozialen Organisationsformen einerseits und von der Intensität konkreter sozialer Interaktion andererseits – Erfahrungen, die über sehr lange Zeiträume gesammelt werden. Die Mitgliedschaft in freiwilligen Assoziationen oder andere informelle Formen des unmittelbaren Miteinanders im lokalen Kontext generieren demnach Vertrauen in das Gesamtsystem.²⁸ Das zweite Paradigma betont den Einfluss von Institutionen auf die Sozialkapitalbildung bzw. auf die Produktion generalisierten Vertrauens. Demnach sind es *policies* oder bestimmte politische Mechanismen, z.B. Wahlen, die ein solches Vertrauen erzeugen.²⁹

Die von dem US-amerikanischen Politologen Russel Hardin vertretene rationale Theorie des Vertrauens ist in diesem Kontext von besonderer Relevanz (Hardin 1999, 2002). Für Hardin ist Vertrauen nicht losgelöst von Interessen denkbar, sondern es ist ganz eminent mit diesen verbunden. Ich vertraue einem Menschen in bezug auf eine bestimmte Sache, weil ich erwarten kann, dass dieser Mensch gute Gründe hat, mit Blick auf diese Sache in meinem Interesse zu handeln. Die Realisierung seiner Interessen erfolgt unter bewusster Wahrnehmung meiner eigenen Interessen oder, wie Hardin formuliert, „my trust of you is encapsulated in your interest in fulfilling the trust“ (Hardin 2001: 3). Diese spezifische Vertrauensbeziehung kommt etwa durch Liebe, Freundschaft oder einen bestimmten

in einen „vorgestellten“ Staat. Es ist demnach der *imagined state*, der die hohen *trust*-Werte in den World Values Surveys verursacht. Wang bemüht sich um eine Klärung der Gründe für das starke diffuse Vertrauen und kommt zum Schluss, dass dieses vor allem auf die ökonomische Performanz des KP-Regimes zurückzuführen ist. Siehe Wang 2005.

²⁸ Dazu schreibt Dietlind Stolle: „It is possible that strong in-group cooperation experiences that result in in-group trust with a broad sampling of members of society directly transfer to the outside world. In this case, generalized trust involves a leap of faith that the trustworthiness of those you know can be broadened to include others whom you do not know.“ (2002: 405).

²⁹ Hierzu wiederum Dietlind Stolle mit Blick auf die westlichen Industriestaaten: „It is possible that generalized trust and other aspects of social capital help governments perform better; however, selected institutional structures facilitate generalized trust. Universal welfare states, impartial and uncorrupt political institutions such as the police and courts are important institutional characteristics that seem conducive to the development of generalized trust.“ (2002: 408).

Tausch zustande – eine Beziehung, die die Person, der ich vertraue, aus bestimmten Gründen erhalten will. Oder diese Person weiß, dass ich ihr eigenes Interesse beeinflussen kann, z.B. ihr Ziel, erneut in ein politisches Amt gewählt zu werden. Ich weiß also, dass die Person, der ich vertraue, mein Interesse ernst nehmen wird, weil das in ihrem eigenen Interesse liegt. Dieses Modell ist zunächst auf interpersonales Vertrauen ausgerichtet, erklärt aber auch generalisiertes, also diffuses Vertrauen. Verbindungsstück ist das soziale Lernen des Einzelnen und die Abstraktion dieser subjektiven Erfahrungen mit interpersonalem Vertrauen auf die Ebene des systemischen Vertrauens. Dabei spielen die speziellen Formen sozialer Interaktion und bestimmte ansozialisierte Vorstellungen von Autorität und Kooperation – man könnte hier möglicherweise von moralischen Ressourcen einer Gesellschaft bzw. von moralischen Verpflichtungen auf seiten der Vertrauensempfänger sprechen (vgl. Messick/Kramer 2001) – eine wichtige Rolle. Hinzu kommen institutionelle Arrangements in der öffentlichen Sphäre: Wenn A ein Bürger ist und B ein Funktionär oder Kandidat für ein öffentliches Amt, dann gründet das Vertrauen von A in B auf einem bestimmten Mechanismus oder *incentive*, der B im Interesse von A handeln lässt. Erneut kann es das Ziel der (Wieder-)Wahl oder die Sanktion einer Abwahl sein, die B zu diesem Handeln veranlasst.

Was trivial klingt, ist durchaus nicht trivial. Denn das Vertrauen von A in B ist ungeachtet seiner rationalen Grundlagen zunächst an ein Versprechen von B zur Kooperation gebunden, unabhängig davon ob es sich um eine Person, einen Amtsträger oder eine Institution handelt. Vertrauen ist insofern zwar Ergebnis einer rationalen Abwägung, doch muss die Leistung für ein investiertes Vertrauen nicht unmittelbar erbracht werden. Dies unterscheidet Vertrauen von reiner Zweckrationalität bzw. eine *tit for tat*-Beziehung, wo eine erwartete Leistung sehr zeitnah eingelöst werden muss, damit die Beziehung zwischen A und B stabil bleibt. Vertrauen erscheint demgegenüber stets als ein Bonus, den A im Vorgriff auf eine erwartbare, weil in Grenzen kalkulierbare, aber letztlich nicht sichere Leistung B zugesteht.³⁰ Daraus öffnet sich für B ein Zeitfenster, um auf die Erwartung positiv zu reagieren. Dieses Zeitfenster kann nun zu einem wichtigen Faktor für die Legitimität des KP-Regimes im ländlichen China werden, weil es Spielräu-

³⁰ Hardin schreibt in diesem Kontext treffend: „More generally, one might say trust is embedded in the capacity or even need for choice. (...) Trust as well as choice and rationality are at issue just because we are in the murky in-between land that is neither deterministic nor fully indeterminate.“ (2001: 5).

me für politisches Handeln eröffnet und damit Möglichkeiten zur Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen schafft. So spricht zumindest einiges dafür, dass unter dem Einfluss von direkten Dorfwahlen, einer zentralen institutionellen Reform im politischen System der VR China, sich die Beziehungen zwischen Bauern und lokalen Kadern dergestalt verwandeln, dass rationales Vertrauen generiert und die mikropolitische Legitimität des KP-Regimes gestärkt wird. Dies ist zwar nicht überall der Fall, aber ebensowenig führen gut implementierte Dorfwahlen³¹ überall zu einer offenen Herausforderung bzw. Konfrontation zwischen Dorfbewohnern und lokalen Parteifunktionären. Neben ökonomischen Faktoren scheint die partizipationsbedingte Herstellung von rationalem Vertrauen ein zentraler Erklärungsfaktor für das Phänomen zu sein, warum in manchen Dörfern direkte Wahlen zu mehr Stabilität und mikropolitischer Legitimität des KP-Regimes führen als in anderen. Zudem verspricht sich diese mikropolitische Legitimität in makropolitische Legitimität zu übersetzen, weil das auf der lokalen Ebene gewonnene spezifische Vertrauen ein offenkundig zuvor bereits existierendes diffuses Vertrauen der ländlichen Bevölkerung in den Zentralstaat zumindest vorläufig stärkt bzw. bestätigt.³² Dadurch können, der eingangs formulierten These folgend, Delegitimierungserscheinungen an anderen Orten innerhalb des politischen Systems ausgeglichen werden.

5 Empirische Befunde

Direkte Dorfwahlen sind in der VR China seit 1998 – nach ihrer zunächst auf experimenteller Ebene beschlossenen Einführung Ende der 1980er Jahre – landesweit gesetzlich verbindlich (für einen historischen Blick auf die Einführung von direkten Dorfwahlen vgl. Kelliher 1997; O'Brien/Li 2000). In manchen Gebieten

³¹ Die Betonung liegt hier auf „gut implementiert“. Nicht in die Betrachtung fallen solche Dörfer, in denen die Wahlen noch immer gesetzeswidrig manipuliert werden – vor allem vom DorfparteiSekretär oder von den Gemeindepartei-Komitees. Hier sind Spannungen und Konflikte vorprogrammiert, die zu Widerstand führen.

³² Ein relativ starkes diffuses Vertrauen der ländlichen Bevölkerung in den Zentralstaat – im Gegensatz zu einem rapiden Vertrauensverlust in die lokalen Kader – diagnostiziert Li 2004. Allerdings handelt es sich dabei um ein offensichtlich zunehmend konditioniertes (und nicht per se prä-reflexives) Vertrauen, das von der Responsivität des Zentralstaats gegenüber den Klagen der Bauern und von seinem sichtbaren Einschreiten gegen lokale Kaderwillkür abhängt. Reagiert der Zentralstaat nicht, gerät auch er ins Fadenkreuz der Bauern und es droht ein gesamtsystemischer Vertrauensverlust mit gefährlichen Konsequenzen für die Regimelegitimität. Vgl. dazu auch O'Brien/Li 2005.

wurden sie bereits mehrfach durchgeführt; insgesamt können die Dorfwahlen landesweit inzwischen als fest etabliert gelten. Der Trend zu einer im Laufe der Zeit qualitativ zunehmend besseren Implementierung ist ungeachtet einer Vielzahl von weiter bestehenden Problemen und negativen Beispielen deutlich erkennbar. Eingeführt wurden die Wahlen vor allem mit dem Ziel, die dörfliche Selbstverwaltung zu stärken, indem sich die Bauern aktiv an der Entwicklung und Stabilisierung ihres Dorfes beteiligen. Gleichzeitig waren sie als Instrument gedacht, die vielerorts durch Korruption und vermachtete Strukturen paralysierten und delegitierten lokalen Parteikomitees zu beleben, also eine neue *accountability* der Funktionäre herbeizuführen. Zweifellos verband die parteistaatliche Führung mit diesem Vorgehen ihr unmittelbares Ziel einer Stabilisierung des ländlichen China mit einer Stärkung ihrer exklusiven Herrschaft, deren Legitimität sehr stark von einer erfolgreichen Bewältigung der negativen Auswirkungen des Reformprozesses auf dem Land abhängt.

Welchen Einfluss üben direkte Dorfwahlen vor diesem Hintergrund auf das politische Bewusstsein der ländlichen Bevölkerung aus? Begünstigen sie tatsächlich eine Stabilisierung der lokalen Politik sowie eine Konsolidierung der kommunistischen Herrschaft an der lokalen Basis? Oder kommt es nicht eher zu einer Politisierung von unten mit der für die Partei möglicherweise gefährlichen Konsequenz, dass die Bauern ihr Wahlrecht für immer weitergehende Forderungen nach demokratischer Kontrolle und Partizipation nutzen, dabei insgesamt konfliktbereiter werden und ein Bürgerbewusstsein ausbilden, das schließlich nach Veränderungen des Gesamtsystems verlangt? Dies sind die zentralen erkenntnisleitenden Fragen eines laufenden Forschungsprojekts zur politischen Bewusstseinsbildung der ländlichen Bevölkerung unter dem Einfluss lokaler Direktwahlen in der VR China, in dessen Rahmen in den Jahren 2002-2004 jeweils zwei Dörfer in den Provinzen Jiangxi und Jilin sowie in der Sonderwirtschaftszone Shenzhen untersucht wurden. Dabei sind über zweihundert Bauern und Dorfkader sowie höhere Partei- und Regierungskader auf Gemeinde-, Kreis-, und Präfekturbene systematisch zu ihrer Einschätzung der Rolle und Bedeutung von direkten Dorfwahlen befragt worden (zur Anlage dieses DFG-geförderten Projekts vgl. Schubert 2002).

Bezogen auf den hier interessierenden Zusammenhang soll auf eine interessante Beobachtung in der Gemeinde Lishu im gleichnamigen Kreis der Provinz Jilin verwiesen werden. Im Unterschied zu dem ökonomisch prosperierenden Shenzhen und dem eher armen Jiangxi handelt es sich in Jilin um ein wirtschaftlich moderat entwickeltes Gebiet mit einer relativ einträglichen Kollektivwirtschaft.

Gleichzeitig zählt Lishu mit Blick auf die Umsetzung von Dorfwahlen in der VR China als Modellkreis, da diese dort bereits in den frühen 1990er Jahren zielstrebig und gesetzeskonform institutionalisiert wurden und nach einer Reihe von Urnengängen heute als unproblematisch gelten.³³ Die Gründe für dieses im Landesvergleich untypische Implementierungstempo dürften zuvorderst in der begründeten Hoffnung weitsichtiger Kader auf Provinz- und Kreisebene liegen, durch die vorbildliche Umsetzung einer neuen offiziellen *policy line* und die damit verbundene Erlangung des Modellstatus politisches Kapital zu akkumulieren – eine Strategie, die für die individuelle Karriere und den lokalen Zugang zu staatlichen Ressourcen auf lange Sicht erfolgreicher sein kann als das Umgehen institutioneller Reformen bis hin zu einer versteckten Blockadepolitik. Zwar darf Lishu keinesfalls als repräsentativ für den Implementierungsgrad von Dorfwahlen in der VR China gelten, doch sind Aussagen über Repräsentativität angesichts der diesbezüglichen Heterogenität im ländlichen China ohnehin kaum möglich. Noch wichtiger ist aber, dass Lishu anzeigt, was hinsichtlich der Generierung von Legitimität und Stabilität für das KP-Regime unter den Bedingungen einer nicht disponiblen Einparteiherrschaft und gleichzeitigen begrenzten Partizipationserweiterungen möglich ist.

Die Befragungen in Lishu ergaben, dass die Bauern die Wahlen als wichtig und bedeutsam für die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Dörfer betrachteten. Die meisten von ihnen bekundeten zudem ein Gefühl des persönlichen *empowerment* durch das Recht zur Wahl, auf das sie nicht mehr verzichten wollten. Die örtlichen Kader wurden als professionell und fähig (*you nengli*) bezeichnet. Dies ließ sich in den Augen der Bauern an den Fortschritten des Ausbaus der lokalen Infrastruktur und der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung – in einem der beiden Dörfer gab es sogar eine kleine (wenn auch formal illegale) Wirtschaftszone zur Anwerbung von privaten Investitionen (*jingji kaifa qu*) – ebenso ablesen wie an der größeren Responsivität der Kader gegenüber den Bauern seit der Einführung der direkten Wahlen. Größere Konflikte zwischen Dorfbewohnern und lokalen Kadern gab es nicht – abgesehen von den Querelen um die Kreditvergabe durch die örtliche Kooperative. Diese erfolgte offensichtlich äußerst restriktiv und rief den Unmut vieler Bauern hervor, die in ihre Betriebe investieren wollten. Die Auseinandersetzungen diskreditierten jedoch weder die Kader noch die Dorfwah-

³³ Detaillierte Auskunft über die ersten Jahre der Implementierung dörflicher Direktwahlen in Lishu gibt eine Veröffentlichung des Amtes für Zivilverwaltung des Kreises (Lishu xian minzhengju 1995); vgl. auch Jiang 2002.

len. Überraschenderweise sahen sich die Bauern zudem nicht dazu veranlasst, über die Wahlen hinaus aktiv an der dörflichen Politik Anteil zu nehmen.

Gleichzeitig konzentrierte sich die politische Macht in den Händen einer etablierten Klasse von Dorfkadern, die ihre Ämter zum größten Teil schon seit vielen Jahren innehatten – ungeachtet der regelmäßigen und regelkonformen Urnengänge mit freien Nominierungen von Bewerbern für das Amt des Dorfvorstehers, seines Stellvertreters sowie der anderen Mitglieder des Dorfkomitees und teilweise mehreren Vorwahlen zur Bestimmung der endgültigen Kandidatenliste, die ständig für „frisches Blut“ im Dorfkomitee hätten sorgen können. Der Tatbestand der „Kaderkontinuität“ resultierte jedoch offensichtlich nicht aus einem Desinteresse am politischen Geschehen im Dorf oder gar aus Apathie, die – wie aus anderen chinesischen Dörfern hinlänglich bekannt – das Ergebnis von Frustrationen über vermachtete Kaderstrukturen, des übermächtigen Einflusses lokaler Clans oder aber eines erfolgreichen *buying off* der Bauern auf dem Weg der Zuweisung üppiger Renteneinkommen aus der lokalen Kollektivwirtschaft in den prosperierenden Regionen des Landes sein konnte. Vielmehr beteiligten sich die Bauern engagiert an den Dorfwahlen, waren jedoch gleichzeitig offenkundig zufrieden mit ihren Kadern, die sich bisher keiner größeren Verfehlungen schuldig gemacht hatten. Diese Kader wiederum nahmen die Wahlen ebenso ernst wie der einflussreiche Dorfpartei sekretär³⁴ sowie die Behörden auf der übergeordneten Gemeindeebene. Letztere mischte sich anscheinend nicht manipulativ in den Nominierungsprozess ein, sondern achtete anscheinend auf eine strikte Umsetzung der offiziellen Wahlbestimmungen. Die Wahlen galten hinsichtlich Implementierung und Ergebnis allenthalben als wichtiges Kriterium für die Eigen- und Fremdbewertung der Performanz und Legitimität der Kader. Wichtiger noch als ihre wirtschaftlichen Erfolge schien die gegenüber den Bauern glaubhaft gemachte Selbstverpflichtung der Dorfkader, Leistung zu bringen und das Wahlergebnis als Entscheidung über ihre entsprechenden Führungsqualitäten zu akzeptieren, verantwortlich dafür zu sein, dass die Dorfbewohner immer wieder dieselben Leute in die Ämter wählten.

³⁴ In den hier besprochenen Dörfern in Lishu teilten sich der Dorfvorsteher und der Parteisekretär die Zuständigkeiten in der Verwaltung des Dorfes auf: Während der Dorfvorsteher für die örtlichen Kollektivbetriebe sowie die Umsetzung der Politikvorgaben der Gemeindebehörden verantwortlich war, oblag dem Dorfpartei sekretär die Kommunikation mit dem Gemeindepartei komitee, vor allem um die ökonomischen Initiativen des Dorfes mit den Interessen der Gemeindeebene zu koordinieren. Dabei stand jedoch außer Frage, dass der Parteisekretär die „Nummer 1“ (*di yi ba shou*) im Dorf war und die größte Autorität auf sich vereinigte. Vgl. hierzu auch Zhou/Yang 2004.

Aus der besonderen Akzentsetzung der Bauern auf ihr gefühltes *empowerment* lässt sich die Hypothese ableiten, dass die demonstrative Bereitschaft der Kader, sich einer direkten Wahl zu stellen, legitimatorisch schwerer wiegt als ihre tatsächliche ökonomische *performance*. Allerdings darf diese nicht unter eine kritische Grenze fallen, die – so ist zu vermuten – vor allem durch die Korruptionsanfälligkeit der Kader markiert wird. In dieser Hypothese ist die Annahme aufgehoben, dass die exklusive politische Stellung der Dorfkader weitgehend unangetastet bleibt, solange sie den Bauern glaubhaft vermitteln können, diese als Wähler (und Bürger) ernst zu nehmen und sich in den Dienst der Interessen der Bauern zu stellen – oder anders ausgedrückt: solange die Dorfkader das rationale Vertrauen der Bauern erwerben können, dass ihr Handeln stets durch die Wahrung der Interessen der Bauern bestimmt ist.

An dieser Stelle kommt ein für das ländliche China wichtiger Aspekt lokaler Politik ins Spiel, der vor allem von der jüngeren anthropologischen Forschung immer stärker ins Blickfeld gerückt wird. Offensichtlich genießen die Kader in Lishu durch den soeben beschriebenen Sachverhalt einen „Vertrauensvorschuss“ der Bauern: Ihr privilegierter Status als etablierte politische Klasse im Dorf wird nicht infrage gestellt, solange ein kritisches Minimum an *accountability* und Fairness nicht unterschritten wird. Das rationale Vertrauen der Bauern in ihre Kader bedingt somit nicht, dass deren exklusiver Status durch das Institut der direkten Wahl permanent und prinzipiell zur Disposition steht. Vielmehr können die Kader darauf bauen, weitgehende Handlungsfreiheit zu haben, solange sie das erwähnte kritische Minimum nicht überschreiten. Dieser Vertrauensvorschuss ist besonders aus politikwissenschaftlicher Sicht problematisch, weil er den Kadern ein bestimmtes Maß privilegierter Macht einräumt, den diese nach den Gesetzen der rationalen Wahl eigentlich zu ihrem eigenen Vorteil nutzen (bzw. missbrauchen) müssten. Diese Perspektive unterschätzt jedoch die Bedeutung des Ordnungsfaktors der dörflichen *moral economy*,³⁵ die – durch institutionelle Reformen in ein modernes Gewand gekleidet – das Leben in vielen Dörfern heute wieder stärker bestimmt als in der maoistischen Zeit und in der Frühzeit der Reformära.³⁶

³⁵ Unter *moral economy* wird allgemein eine kleinräumige Wirtschafts- oder Gesellschaftsordnung verstanden, in der das Handeln der sich untereinander kennenden Akteure an den Prinzipien der Reziprozität, der Fairness und der Gerechtigkeit ausgerichtet ist, und in der die Ausübung von Macht an traditionellen Vorstellungen von wechselseitiger Verantwortung haftet.

³⁶ Vgl. hierzu auch das Konzept der *social connectedness* (*shehui guanlian*) in der dörflichen Gemeinschaft von Tong 2004.

Die Bedeutung reziproker Beziehungen und wechselseitiger Verantwortung in der traditionellen Dorfgemeinschaft hat seit dem Ende der Kommunezeit unter dem Einfluss des Marktprinzips deutlich zugenommen. Dies äußert sich auf unterschiedlichen Ebenen, doch die verantwortungsgebundene Autorität der Dorfeliten – seien es die traditionell wichtigen Clan- oder Familienältesten oder aber die mit charismatischer oder (nunmehr auch) legaler Legitimität ausgestatteten Dorfka-der – erweist sich dabei allenthalben als grundlegend für die soziale Integration des Dorfes. Kritisch für die dörfliche *moral economy* ist die prinzipiell asy- metrische Beziehungsstruktur zwischen den Dorfbewohnern und ihren Führern: Letztere sind zwar verpflichtet, die Interessen der Bauern wahrzunehmen, weil sich allein daraus ihre Autorität ableitet. Gleichzeitig führt diese Verpflichtung jedoch nicht zu einer völligen Horizontalisierung der Machtbeziehungen zwi- schen beiden Seiten. Vielmehr wird den Dorfeliten absichtlich ein Machtvorteil (bzw. ein Anspruch auf vorgängiges Vertrauen) eingeräumt, weil dies das Prinzip der verantwortungsgebundenen Reziprozität stärkt (und nicht etwa ein riskantes Prinzip absoluter Waffengleichheit einführt). Daran ändert auch die Einführung direkter Wahlen nichts. Diese sind lediglich ein neues Instrument für die Aktualis- erung eines letztlich alten Ordnungsprinzips, bei der die Partei auf neue Weise Teil des mikropolitischen Kosmos des Dorfes wird und daraus einen erheblichen Nutzen für ihre makropolitische Legitimation zieht. Wenn die örtlichen Kader dieses Instrument tatsächlich nutzen und das rationale Vertrauen der Bauern nicht verletzen, brauchen sie die freie Wahl wie in Lishu nicht zu fürchten. Erst wenn sie gegen dieses Prinzip dauerhaft verstoßen, verlieren die Dorfwahlen ihren legitimierenden Charakter und führen zunächst zu systemloyalen Widerstand (*rightful resistance*), der sich jedoch bald systemgefährdend verstärken kann.³⁷

6 Die zwei Welten der Legitimität

Die Frage, ob und wie sich rationales (interpersonales) Vertrauen und mikro- politische Legitimität auf der lokalen Ebene in generalisiertes Vertrauen und makropolitische Legitimität übersetzen, kann gegenwärtig nur spekulativ bzw. hypothetisch beantwortet werden. Immerhin legen die Studien zum ländlichen

³⁷ Zum Konzept der *rightful resistance*, des organisierten kollektiven Widerstands von Bauern gegen lokale Kader und Verwaltungen mit dem Mittel des strategischen Einsatzes von verbindlichen Bestimmungen, Gesetzen oder politischen Richtlinien übergeordneter Regierungs- und Parteibehörden vgl. O'Brien 1996 und O'Brien/Li (i.E.).

Widerstand in der VR China nahe, dass *trust* in den Zentralstaat entscheidend dafür ist, dass die hohe Konfliktbereitschaft der Bauern in vielen Dörfern mit anderen Rahmenbedingungen als in Lishu noch nicht zu einem legitimatorischen Flächenbrand für die Kommunistische Partei geführt hat (hier sind wiederum insbesondere die Arbeiten von O'Brien/Li zu nennen). Auch wenn dieses Vertrauen in den Zentralstaat Grenzen hat und vor allem in den Krisenregionen des ländlichen China nur begrenzt wirksam sein dürfte, so sollte es rein logisch dann gestärkt werden können, wenn die Erfahrungen der Bauern mit „ihren“ Kader positiv sind. Dass es solche positiven Erfahrungen gibt, wird ungeachtet zahlreicher Studien und Berichte über „Krisendörfer“, sporadischen oder organisierten kollektiven Widerstand von Bauern und sogar eine zunehmende „Professionalisierung“ dieses Widerstands (O'Brien/Li 2005, i.E.) durch Teilergebnisse des oben erwähnten Forschungsprojekt belegt.

Daraus aber lässt sich die Vermutung ableiten, dass an bestimmten Stellen im politischen System der VR China Fairness und *accountability* (durch Partizipation) so zur Geltung kommen, dass sich dies offensichtlich positiv auf die Legitimität und Stabilität des Gesamtsystems auswirkt. Noch deutlicher formuliert: Sollte sich die Kommunistische Partei zukünftig zunehmend auf Kader von einem ähnlichen Niveau stützen können wie in Lishu, dann steht einer Konsolidierung ihrer Einparteiherrschaft nichts im Weg.³⁸ Dass solche „moralischen“ Kader im heutigen China wahrscheinlich ähnlich zahlreich sein könnten wie ihre korrupten Kollegen, dürfte als gewagte Hypothese gelten; sie wird aber angesichts des noch immer zu konstatierenden geringen empirischen Kenntnisstandes über das ländliche China nicht dadurch widerlegt, dass man von Korruption und Widerstand in vielen Dörfern unter den Bedingungen einer auch China erfassenden Mediengesellschaft heute immer mehr erfährt – während eine „geräuschlose“ *local governance* i.d.R. keine vergleichbare Aufmerksamkeit findet.³⁹

³⁸ Es ist klar, dass die Kritik an der „Legitimitätshypothese“ spätestens an dieser Stelle ansetzt, denn mit welchen Mitteln – wenn nicht mit den der liberalen Demokratie westlichen Zuschnitts – könnte eine solche „Kaderqualität“ nachhaltig herbeigeführt werden? Hier soll wiederum auf die normativen Bindungen der dörflichen *moral economy* verwiesen werden, die unter dem Einfluss begrenzter Wahlen möglicherweise für eine längere Zeit genügend Anreize für ein interpersonales Vertrauen generierendes Verhalten der Kader bereitstellt und somit auch generalisiertes Vertrauen, also die Legitimierung des Gesamtsystems, befördert.

³⁹ Damit soll keinesfalls in Abrede gestellt werden, dass die Zahl ländlicher Konflikte in den letzten Jahren zugenommen hat. Allerdings stellt sich durchaus die Frage, ob die damit häufig in einen

Die Diskussion über die Überlebensfähigkeit und Legitimität der chinesischen Einparteierrschaft darf selbstredend keine Frage abstrakten Theoretisierens über die überlegene funktionale Leistungsfähigkeit und normative Wünschbarkeit einer modernen liberalen Demokratie sein. Vielmehr geht es um die empirisch zu erforschende Frage, ob die Kommunistische Partei die bisherigen Erfolge ihrer Legitimationsstrategie ausbauen kann. Dagegen spricht die historische Erfahrung mit ausdifferenzierten Gesellschaften und der Entstehung einkommenstarker Mittelschichten. Dafür spricht, dass China ein sehr heterogenes Land ist, in dem der ländliche Kontext weiterhin entscheidend für die gesamtgesellschaftliche Entwicklungsrichtung ist – auch in politischer Hinsicht. Hier aber wird von der Forschung nicht ernsthaft erwogen, dass es neben der Welt eines korrupten und räuberischen Kaderregimes noch eine andere Welt geben könnte, in der sich institutionelle Neuerungen wie die direkter Dorfwahlen mit den Ordnungsprinzipien einer revitalisierten *moral economy* koppeln und die Entstehung einer strategischen Gruppe systemloyaler lokaler Kader begünstigen, die alles andere als korrupt und räuberisch sind; dass sich diese Gruppe das Vertrauen der Bauern verdient; und dass sie es auf eine Art und Weise in den Dienst ihrer eigenen Interessenrealisierung stellt, die der Landbevölkerung nutzt.

Ob diese These tragfähig ist, sollte die Forschung mindestens ebenso zu ermitteln versuchen wie die Zukunft des politischen Widerstands in den Dörfern, Gemeinden und Kreisen des ländlichen China. Dabei verspricht ein Zugang über das Konzept des rationalen Vertrauens in Verbindung mit den normativen Referenzpunkten der dörflichen *moral economy* womöglich neue und weiter reichende Erkenntnisse über die Legitimität des KP-Regimes als diese aus einer alleinigen Beschränkung auf Analysen des lokalen Widerstands in den Krisengebieten des Landes gewonnen werden könnten – von einer einseitigen Fokussierung auf makropolitische Legitimitätsanalysen ganz zu schweigen.

Literatur

- Almond, Gabriel A./Verba, Sydney (1963), *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton: Princeton University Press
- Bo Zhiyue (2004), „The Institutionalization of Elite Management in China“, in: B. Naughton/Yang Dali (Eds.), *Holding China Together: diversity and national inte-*

kausalen Zusammenhang gestellte Annahme einer politischen Systemkrise nicht durch die mögliche Zunahme stabiler Dörfer dort, „wo es gut läuft“, relativiert werden muss.

- gration in the post-Deng era, Cambridge-New York: Cambridge University Press, S. 70-100
- Brandt, Loren/Turner, Matthew (2003), *The Usefulness of Corruptible Elections*, Working Paper No. 602, William Davidson Institute, University of Michigan
- Chen Jie (2004), „Political Support and Participation in a Non-Democratic Society: A Study of Chinese Urban Residents“, unveröffentlichtes Manuskript, vorgetragen auf der Konferenz *The Transformation of Citizen Politics and Civic Attitudes in Three Chinese Societies*, Taipei (Taiwan): Institute of Political Science, Academia Sinica, 19.-20. November
- China Review: An Interdisciplinary Journal on Greater China* (2004), Vol. 4, Nr. 2 (Special Issue on Corruption in China)
- Chou, Bill K. P. (2005), „Implementing the Reform of Performance Appraisal in China's Civil Service“, in: *China Information*, Vol. 19, Nr. 1, S. 39-65
- Dittmer, Lowell (2003a), „Chinese Leadership Succession and the Fourth Generation“, in: Gang Lin/Hu Xiaobo (Eds.), *China After Jiang*, Stanford: Stanford University Press, S. 11-37
- (2003b), „Leadership Change and Political Development“, in: *China Quarterly*, Nr. 176, S. 903-925
- Easton, David (1965), *A Systems Analysis of Political Life*, New York: Wiley
- Feuchtwang, Stephan (2003), „Peasants, Democracy and Anthropology“, in: *Critique of Anthropology*, Vol. 23, Nr. 1, S. 93-120
- Feuchtwang, Stephan/Wang, Mingming (2001), *Grassroots Charisma in China*, London: Routledge
- Flower, John/Leonhard, Pamela (1997), „Defining Cultural Life in the Chinese Countryside: the Case of the Chuan Zhu Temple“, in: F. V. Pieke/E. Vermeer/Woei Lieng Chong (Eds.), *Cooperative and Collective in China's Rural Development: Between State and Private Interest*, Armonk/N.Y.: M. E. Sharpe, S. 273-290
- Freedom House (2005), *Freedom House Report*. Online: <http://www.freedomhouse.org/research/survey2005.htm>
- Fukuyama, Francis (1995), *Konfuzianismus und Marktwirtschaft*, München: Kindler
- Gilley, Bruce (2004), *China's Democratic Future*, New York: Columbia University Press
- Gries, Peter Hays (2004), *China's New Nationalism. Pride, Politics, and Diplomacy*, Berkeley: University of California Press
- Hardin, Russel (1999), „Do We Want Trust in Government?“, in: M. E. Warren (Ed.), *Democracy and Trust*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 22-41

- (2001), „Conceptions and Explanations of Trust“, in: K. S. Cook (Ed.), *Trust in Society*, New York: The Russel Sage Foundation, S. 3-39
- (2002), *Trust and Trustworthiness*, New York: The Russel Sage Foundation
- Heberer, Thomas (2003), „Die Reorganisation städtischer Wohnviertel im Lichte kommunaristischer und partizipativer Vorstellungen“, in: C.a., Nr. 10, S. 1223-1240
- Hirschman, Albert O. (1974), *Abwanderung und Widerspruch. Reaktionen auf Leistungsabfall in Unternehmungen*, Tübingen: Mohr
- Hu Rong (2005), „Economic Development and the Implementation of Village Elections in Rural China“, in: *Journal of Contemporary China*, Vol. 14, Nr. 44, S. 427-444
- Inglehart, Ronald (1997), *Modernization and Postmodernization: Cultural, Economic, and Political Change in 43 Societies*, Princeton: Princeton University Press
- (1999), „Trust, Well-being, and Democracy“, in: M. E. Warren (Ed.), *Trust and Democracy*, Cambridge/Mass.: Cambridge University Press, S. 88-120
- Jiang Hua (2002), „Wo guo cunmin weiyuanhui xuanju moshi yanjiu (Studie zum Modell der Wahlen der Dorfverwaltungs Komitees in China)“, in: *Shehui kexue luntan*, Nr. 11, S. 51-55
- Journal of Democracy* (1998), Vol. 9, Nr. 1 (Sonderheft: Will China Democratize?)
- (2003), Vol. 14, Nr. 1 (Sonderheft: China's Changing of the Guard)
- Jun Jing (1996), *The Temple of Memories: History, Power, and Morality in a Chinese Village*, Stanford: Stanford University Press
- Kelliher, Daniel (1997), „The Chinese Debate over Village Self-Government“, in: *China Journal*, Nr. 37, S. 63-86
- Li Lianjiang (2004), „Political Trust in Rural China“, in: *Modern China*, Vol. 30, Nr. 2, S. 228-258
- Lipset, Seymour M. (1964), *Soziologie der Demokratie*, Neuwied: Luchterhand
- Lishu xian minzhengju (Ed.) (1995), *Cunmin zizhi zhi lu (Der Weg der dörflichen Selbstverwaltung)*, Lishu: o.A.
- Liu Yawei (2000), „Consequences of Villager Committee Elections in China. Better Local Governance or More Consolidation of State Power“, in: *Chinese Perspectives*, Nr. 31, S. 19-35
- Lü Xiaobo (2000), *Cadres and Corruption: The Organizational Involution of the Chinese Communist Party*, Stanford: Stanford University Press
- Manion, Melanie (2004), *Corruption by Design*, Cambridge/Mass.: Cambridge University Press

- Messick, David M./Kramer, Roderick M. (2001), „Trust as a Form of Shallow Morality“, in: K. S. Cook (Ed.), *Trust in Society*, New York: The Russell Sage Foundation, S. 89-117
- Muller, Edward N./Jukam, Thomas O. (1977), „On the Meaning of Political Support“, in: *American Political Science Review*, Nr. 77, S. 1561-1595
- Nathan, Andrew J. (2003), „Authoritarian Resilience“, in: *Journal of Democracy*, Vol. 9, Nr. 1, S. 6-17
- O'Brien, Kevin J. (1996), „Rightful Resistance“, in: *World Politics*, Nr. 1, S. 31-55
- O'Brien, Kevin J./Li Lianjiang (1999), „Selective Policy Implementation in Rural China“, in: *Comparative Politics*, Nr. 2, S. 167-186
- (2000), „Accommodating 'Democracy' in a One-Party-State: Introducing Village Elections in China“, in: *China Quarterly*, Nr. 162, S. 465-489
- (2004), „Suing the Local State: Administrative Litigation in Rural China“, in: *China Journal*, Nr. 51, S. 75-96
- (2005), „Popular Contention and its Impact in Rural China“, in: *Comparative Political Studies*, Vol. 38, Nr. 3, S. 235-259
- (i.E.), *Rightful Resistance in Rural China*, Cambridge: Cambridge University Press
- Pan Wei (2003), „Toward a Consultative Rule of Law Regime in China“, in: *Journal of Contemporary China*, Vol. 12, Nr. 34, S. 3-43
- Schubert, Gunter (1998), „Der geschichtsphilosophische Optimismus der Chinaforscher – Anmerkungen zur Debatte über den Wandel des politischen Systems der VR China“, in: *KAS-Auslandsinformationen*, Nr. 6, S. 4-17
- (2002), „Stability through more Participation? – Local Direct Elections and their Impact on Communist Rule in Present-day China“, in: *ASIEN*, Nr. 162, S. 47-55
- Shue, Vivienne (2004), „Legitimacy Crisis in China?“, in: P. H. Gries/S Rosen (Eds.), *State and Society in 21st-century China. Crisis, Contention, and legitimation*, New York: Routledge, S. 24-49
- Stolle, Dietlind (2002), „Trusting Strangers. The Concept of Generalized Trust in Perspective“, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Nr. 4, S. 397-412
- Tang Wenfang (2004), „Interpersonal Trust and Democracy in China“, unveröffentlichtes Manuskript, vorgetragen auf der Konferenz *The Transformation of Citizen Politics and Civic Attitudes in Three Chinese Societies*, Taipei (Taiwan): Institute of Political Science, Academia Sinica, 19.-20. November
- Tong Zhihui (2004), *Xuanju shijian yu cunzhuang zhengzhi (Wahlereignis und Dorfpolitik)*, Beijing: Zhongguo shehui kexue

- Tsai, Lili (2002), „Cadres, Temple and Lineage Institutions, and Governance in Rural China“, in: *China Journal*, Nr. 48, S. 1-27
- Wang Zhengxu (2005), „Political Trust in China: Forms and Causes“, in: L. T. White (Ed.), *Legitimacy. Ambiguities of Political Success or Failure in East and Southeast Asia*, New Jersey et al.: World Scientific, S. 113-139
- Weber, Max (1980), *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen: Mohr
- Wedeman, Andrew (2005), „Anticorruption campaigns and the intensification of corruption in China“, in: *Journal of Contemporary China*, Vol. 14, Nr. 42, S. 93-116
- Zhou Daming/Yang Xiaoliu (2004), „Power Sharing in Rural China behind Social Transformation“, in: *Chinese Sociology and Anthropology*, Vol. 36, Nr. 4, S. 5-43
- Zhu Qianwei (2000), „The Process of Professionalization and the Rebuilding of Administrative Ethics in Post-Mao China“, in: *International Journal of Public Administration*, Vol. 23, Nr. 11, S. 1943-1965

* Der Artikel basiert auf Teilergebnissen eines mit DFG und BMZ-Mitteln finanzierten Forschungsprojektes über Partizipation, Politisches Bewusstsein und Regimestabilität in der VR China, das der Autor gemeinsam mit Thomas Heberer (Institut für Ostasienwissenschaften, Universität Duisburg-Essen) betreibt. In diesem Rahmen wurden in den Jahren 2003-2005 Feldstudien in insgesamt sechs Dörfern dreier ländlicher Gemeinden in der Wirtschaftszone Shenzhen sowie in den Provinzen Jiangxi und Jilin durchgeführt sowie weitere sechs Feldstudien in drei Bezirken der Städte Shenyang (Provinz Liaoning), Chongqing und Shenzhen. Für eine kritische Kommentierung früherer Versionen dieses Beitrags sei Susanne Brandtstädter, Heike Holbig, Michael Lackner und Mark Thompson sowie zwei anonymen Gutachtern gedankt.